

Rede des stellv. Bundevorsitzenden der FDP
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
auf dem 61. Ord. Bundesparteitag
am 24. April 2010 in Köln

– Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede

Die FDP hat bei der letzten Bundestagswahl vom Wähler in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit einen klaren Auftrag erhalten: Stärkt die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft und führt unser Land raus aus der Krise. Stärkt die Familien und die Mitte unserer Gesellschaft. Und weiter: Investiert dort, wo Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit auf Dauer gesichert werden können: In Bildung, Forschung und Innovation.

Anrede

Wir nehmen diesen Auftrag sehr ernst. Auch, wenn uns der Wind dabei noch so sehr ins Gesicht bläst: Wir werden Kurs halten und uns an das halten, was wir vor der Wahl gesagt haben und was im Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart wurde.

Mit der Umsetzung haben wir bereits erfolgreich begonnen:

Die SPD hat mit der Union in den ersten 100 Tagen nach der Wahl bei Aussetzung der Grundrechenarten die Mehrwertsteuer erhöht. Beziehern kleinerer Einkommen und Familien mit Kindern wurde in die Taschen gegriffen.

Die FDP hat mit der Union in den ersten hundert Tagen die Kinderfreibeträge und das Kindergeld erhöht. Familien mit Kindern wurden so in Milliardenhöhe entlastet.

Allein daran sieht man: Die FDP macht den Unterschied. Wo wir regieren, wird nach der Wahl gemacht, was vor der Wahl versprochen wurde. Wo wir regieren, wird die Mitte entlastet. Das ist so, und das muss auch so bleiben!

Anrede

Und deshalb wollen wir auch weiterhin ein einfacheres Steuerrecht mit niedrigeren Tarifen für kleine und mittlere Einkommen schaffen. Auch wenn man sich in Deutschland dafür schon fast entschuldigen muss: Wir halten Kurs. Steuersenkungen für die Mitte sind möglich. Ja, sie sind sogar dringend nötig, um die Selbstheilungskräfte unserer Volkswirtschaft zu stärken und die Krise dauerhaft zu bewältigen. Für uns ist das ein ganz entscheidendes Vorhaben bei der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Und deswegen halten wir daran auch so hartnäckig fest.

Anrede

Die Entlastung der Mitte hat für uns Liberale jetzt Priorität. Wir haben hierzu ein klares Konzept vorgelegt und gleichzeitig eine Liste von Sparvorschlägen zur Gegenfinanzierung mitgeliefert.

Wir wollen das jetzt umsetzen. Diejenigen, die das nicht wollen, weil sie Einsparungen an anderer Stelle scheuen, werden immer Gründe dagegen finden. Mal sind es aktuelle Steuerschätzungen, mal ist es die Finanzlage der Kommunen, und jetzt wird es wahrscheinlich Griechenland sein. Wir lassen solche vorgeschobenen Argumente nicht mehr gelten. Wir machen die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft nicht länger von der aktuellen Nachrichtenlage abhängig. Für uns ist das ein Grundanliegen liberaler Wirtschafts- und Wachstumspolitik für mehr Wohlstand in unserem Land.

Anrede

Steuerentlastung und gesunde Staatsfinanzen sind alles andere als ein Gegensatz. Im Gegenteil: Länder mit niedrigen Steuerquoten sind nicht selten auch Länder mit gesunden Staatsfinanzen.

Und deshalb bleibe ich dabei: Steuerentlastungen und Konsolidierung sind nötig und möglich. In der Zeit von 2005 bis 2013 werden sich die Einnahmen des deutschen Steuerstaates nach der letzten Steuerschätzung um 27 Prozent steigern.

In absoluten Zahlen steigen die Steuereinnahmen um satte 124 Milliarden Euro. Wer bei diesen Mehreinnahmen des Staates bei einer geplanten Steuerentlastung von 16 Milliarden Euro von unbezahlbaren Steuergeschenken spricht, hat seinen politischen Gestaltungswillen aufgegeben.

Es wäre nun die vornehme Aufgabe des Finanzministers, die Koalitionsvereinbarung umzusetzen und Vorschläge für Vereinfachungen im Steuersystem und Einsparungen im Haushalt zu machen. Bei uns wird es am Sparwillen nicht mangeln.

Anrede

Wir wollen mit der Union eine kalkulierbare und verlässliche Haushalts- und Finanzpolitik. Aber wir wollen auch eine Politik, die an der richtigen Stelle Akzente und Prioritäten setzt und die Wachstumskräfte stärkt. An den richtigen Stellen sparen, konsolidieren und dann auch gezielt investieren, das ist kein Gegensatz, sondern das ist der Weg aus der Krise.

In Nordrhein-Westfalen haben wir das übrigens mit der Union sehr genau besprochen, verlässlich vereinbart und erfolgreich umgesetzt. Wir haben in den Bereichen Bürokratie, Verwaltung und Behörden eisern gespart und dann die Mittel für mehr Lehrer und für Bildung und Forschung eingesetzt.

Einen solchen Weg müssen wir auch im Bund anstreben. Und der eiserne Bundesfinanzminister kann sich auf den Sparwillen der FDP verlassen.

Und zur Vergewisserung kann er gerne auch beim nordrhein-westfälischen Finanzminister Helmut Linssen anrufen. Der hat nämlich noch in dieser Woche mit Blick

auf die Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen gesagt: „Sparen kann man am besten mit der FDP.“

Anrede

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft erfordert auch eine Erneuerung unseres Sozialstaates. Die Schere zwischen arm und reich ging im vergangenen Jahrzehnt unter Rot-Grün und Rot-Schwarz weiter auseinander, weil wir uns zu lange zu wenig damit beschäftigt haben, wie wir die Mehrheit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Wer immer nur nach „denen da oben“ und „denen da unten“ schaut, vergisst die Mitte.

Es gibt ein Leben zwischen Hartz IV und Millionärssteuer. Wir erleben, dass Geld für Banken, für Großkonzerne und für Hartz IV da ist. Wenn es aber darum geht, denen mehr von ihrem Geld zu belassen, die den Karren ziehen, dann soll angeblich kein Geld da sein.

Mit diesem Parteitag stärken wir die Mitte als Rückgrat unserer Gesellschaft und erteilen all denen eine Absage, die nur auf Umverteilung und nicht mehr auf das Erwirtschaften setzen. Statt des Wettbewerbs um immer höhere Sozialausgaben, brauchen wir bessere Bildungs- und Erwerbschancen für alle.

Anrede

Es bleibt dabei: Bei uns kommt das Erwirtschaften immer noch vor dem Verteilen. Und damit dieser banale Grundsatz überhaupt Wirkung entfalten kann, muss eines auch klar sein: Arbeit muss sich lohnen.

Anrede

Wir Liberale wollen Steuerentlastung für die Mitte und Haushaltskonsolidierung zusammenbringen. Das heißt an vielen Stellen im Haushalt, dass wir sparen müssen.

Unsere Investitionen in Bildung kosten viel Geld, und sie werden auch weiterhin viel Geld kosten. Möglich ist das alles nur, weil wir der Bildung konsequent Priorität eingeräumt haben.

Deshalb war es eine für das Land so ungemein bedeutende Entscheidung, den sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau zu organisieren. Wir haben so finanziellen Spielraum für die Zukunft unseres Landes gewonnen, statt Milliarden weiterhin für die Vergangenheit aufwenden zu müssen. Wir in Nordrhein-Westfalen investieren seit 2005 in helle Köpfe und nicht mehr in dunkle Schächte.

Es gibt nur einen Bereich, in dem nicht gespart werden darf:

In Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Anrede

Nur ein Beispiel: das Stipendienprogramm. Für das Geld, was die große Koalition für Abwrackprämien und Autofriedhöfe ausgeben wollte, kann man in Deutschland mit

Unterstützung der Wirtschaft fast 20 Jahre lang die begabtesten 10 Prozent der Studierenden mit einem Stipendium von 300 Euro monatlich unterstützen. Das machen wir jetzt. Auch hier sieht man: Die FDP macht den Unterschied: Wir investieren in junge Köpfe und in die Talente von Morgen.

Anrede

Wer bessere Bildung, neue Technologien und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland und für Nordrhein-Westfalen voran bringen will, darf eines nicht tun: Am 9. Mai die Grünen wählen.

Mit den Grünen gibt es kein vielfältiges und leistungsfähiges Schulsystem, sondern die Einheitsschule. Mit den Grünen gibt es auch keine chancenorientierte Forschungspolitik, sondern Forschungsfeindlichkeit. Die Grünen sind gegen moderne Kraftwerke, gegen den Bau neuer Straßen, gegen unsere Flughäfen, gegen jedes neue Industrieprojekt und obendrein so ziemlich gegen alles, was sich bewegt.

Und deswegen haben die Grünen für unser Land auch längst ganz andere Ziele. Nur mal ein Beispiel aus dem Programm zum „Green New Deal“ der Grünen. Dort heißt es: „Unser Ziel ist ein nordrhein-westfälisches Netz von Wildnisflächen.“ Das klingt nicht nach Wirtschaftsaufschwung und neuen Jobs. Das stammt wohl eher aus dem Morgenthau-Plan.

Man kann darüber durchaus schmunzeln, hätten wir mit solchen Programmsätzen der Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht so bittere Erfahrungen gemacht. Bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen können kleinste Tierchen die größten Industrieprojekte verhindern. Die Grünen sind nicht die sanfte Alternative. Sie ruinieren unser Land, wenn man ihnen die Gelegenheit dazu gibt.

Anrede

Die Wahl am 9. Mai ist eine Richtungsentscheidung für unser Land, nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für ganz Deutschland. Es droht eine Verschiebung der politischen Grundachse. Es geht um die Rettung der Mitte.

Wir sind die einzige Partei, die eine klare Haltung hat, wenn der Wähler die Koalitionsfrage stellt. Das ist bei allen andern anders.

Vor allem bei den Grünen. Die Grünen sind die beliebteste Partei, die am 9. Mai zur Wahl antritt – ohne Inhalt und ohne Koalitionsaussage. Hauptsache Dienstwagen und Ministersessel.

Anrede

Dagegen scheinen die Koalitionspräferenzen bei der SPD klar zu sein: Gabriels Zunge sprach bei der bizarren rot-grünen Pressekonferenz am vergangenen Montag verräterisch, was im Kopf des SPD Bundesvorsitzenden längst drinsteckt:

Rot-Rot-Grün.

So was passiert, wenn der gesamte Wahlkampf aus Trickereien besteht. Gabriel hat endlich gesagt, was er sich für den Abend des 9. Mai wünscht.

Anrede

Also ist klar: Die SPD wird es mit den Linken machen. Das wird längst vorbereitet. Wie sonst lässt sich erklären, dass die SPD-Pressestelle im Anschluss an Frau Krafts vermeintliche Absage an die Linken in der Talkshow von Maybrit Illner die Journalisten einzeln antelefoniert und beteuert: So war das gar nicht gemeint.

Anrede

Wir kämpfen für klare Verhältnisse. Wir wollen die gut funktionierende schwarz-gelbe Koalition in Düsseldorf fortsetzen. Das geht nur mit einer starken FDP. Und nur mit einer starken FDP kann in Nordrhein-Westfalen ein Linksblock verhindert werden.

Anrede

Am 5. Mai jährt sich zum 20. Mal der Tag der Aufnahme der 2 + 4 Gespräche, die mit Hans-Dietrich Genscher den Weg für die deutsche Einheit frei gemacht haben.

Eines kann ich Ihnen versprechen, liebe Freunde aus allen Teilen unseres vereinten Deutschlands:

Wir werden nicht zusehen, dass vier Tage nach diesem 20. Jahrestag die Enkel von Erich Honecker in Nordrhein-Westfalen an die Macht kommen. Wir kämpfen dafür, dass im größten deutschen Bundesland die Partei von Hans-Dietrich Genscher regiert.